

Neuer Lauschangriff? Debatte um Daten von Alexa und Co.

8.6.2019

Innenminister-Konferenz berät Zugriff auf digitale Helfer – Kritik von Grünen und FDP

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL/BERLIN. In der Kieler Regierungskoalition ist eine Debatte über den Zugriff auf Daten digitaler Sprachassistenten und „smarter“ Haushaltsgeräte ausgebrochen: Die CDU möchte mithilfe von Alexa und Co. Verbrecher jagen, FDP und Grüne lehnen einen derartigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger entschieden ab. Die Anpassung der Sicherheitsgesetze an das digitale Zeitalter ist eines der Themen, mit denen sich die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern ab Mittwoch in Kiel befasst.

Nach dem Willen von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sollen die Sicherheitsbehörden die digitalen Helfer künftig nutzen können. Für einen effektiven Kampf gegen Kriminalität sei es sehr wichtig, dass den Behörden die auf diesen Geräten gespeicherten Daten nicht verschlossen blieben, sagte ein Spre-

cher des Ministeriums. Alexa (Amazon Echo) kann Sprachbefehle und Gespräche aufzeichnen, über andere digitale Smart-Home-Geräte lassen sich Kühlschrank, Fernseher oder Heizung steuern. Mit Hilfe solcher Daten könnte die Polizei etwa Alibis von Tatverdächtigen prüfen.

„Ich werde nicht aufgrund neuer Eingriffsrechte im Kühlschrank oder Fernseher sitzen.“

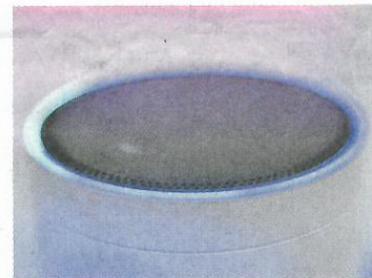
Hans-Joachim Grote,
Innenminister (CDU)

Die Landtags-CDU will solche Möglichkeiten prüfen. „Bei Ermittlungen spielen digitale Spuren eine immer größere Rolle“, erklärte ihr Polizeiexperte Tim Brockmann. „Wir brauchen deshalb klare Regeln, wie wir Daten etwa von Alexa nutzen dürfen.“ Ziel

sei etwa, Terrorakte zu verhindern. Wichtig sei, den Zugriff auf solche Daten unter Richtervorbehalt zu stellen.

Harsche Kritik kam von der Landtagsfraktion der Grünen. Menschen „in ihren eigenen vier Wänden zu Firmenzwecken ausspähen lassen und dann auch noch davon profitieren, immer vor dem plakativen Hintergrund der Terrorgefahr, das geht zu weit“, betonte der Innenpolitiker Burkhard Peters. „Genau wie beim Staatstrojaner hält die Politik damit bewusst Sicherheitslücken offen und gefährdet die digitale Privatsphäre von Millionen Menschen.“

Kritisch reagierte auch die Landtags-FDP. „Wir halten nichts davon, die Bürgerrechte ohne Rücksicht auf Verluste auszuhebeln“, sagte der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt. Die CDU solle bei der Suche nach ihrem Profil nicht über die Stränge schlagen. Den Innenministern empfahl Vogt, „sich lieber an unserem



Nützliches Gerät oder heimlicher Lauscher: Digitaler Sprachassistent.

FOTO: DPA

Grundgesetz als an Amazon und Google zu orientieren“. Und: „Auch im 21. Jahrhundert gibt es Bereiche der Intimsphäre, in denen der Staat nichts verloren hat.“

Landesinnenminister Hans-Joachim Grote (CDU) stellte klar, dass er den Alexa-Vorstoß nicht auf die Tagesordnung der Kieler Konferenz gesetzt hat. „Ich werde nicht aufgrund neuer Eingriffsrechte im Kühlschrank oder Fernseher sitzen“, sagte Grote.

» KOMMENTAR | 2

57. 6. 2019

KOMMENTAR

ULF B. CHRISTEN

LANDESHAUS-KORRESPONDENT



Kein Grund zur Panik

Alexa-Pläne werden so nicht umgesetzt

► Man muss kein Prophet sein, um den Ausgang des Alexa-Streits vorherzusagen. Über kurz oder lang werden die Sicherheitsbehörden in Deutschland auch auf die Daten zugreifen können, die Digital-Assistenten in Privaträumen speichern. Dafür werden die CDU und wohl auch die SPD sorgen. Beide stehen hinter der Polizei und für das angeblich höchste Maß an innerer Sicherheit.

Der Zugriff der Polizei auf Alexa-Daten dürfte allerdings an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sein, etwa den Segen eines Richters oder den Verdacht einer besonders schweren Straftat. Dafür werden die Grünen und die FDP wie schon etwa beim Abhören von Telefonen sorgen. Sie stehen hinter den Datenschützern, die auf Bürgerrechte und Privatsphäre pochen. Und im Zweifelsfall gibt es noch das Bundesverfassungsgericht. Die Richter in Karlsruhe haben die Sicherheitsbehörden schon mehrfach in ihre grundgesetzlichen Schranken gewiesen.

Angst und Bange muss einem also nicht werden. Im alten Konflikt zwischen Sicherheit und Privatsphäre wäre es aber an der Zeit, auch neue Wege auszuprobieren. So sollte künftig jeder Eingriff des Staates in die Privatsphäre auf einige Jahre befristet und mit einer Erfolgskontrolle verbunden sein. Besser noch ist Selbsthilfe. Wer nicht möchte, dass Alexa jeden gemurmelten dummen Spruch im Wohnzimmer speichert, sollte sein smartes Home abwickeln und so analog wie möglich leben. Denn nicht nur der Staat, sondern vor allem wir selbst machen uns immer stärker zu gläsernen Bürgern.